

Haushaltsrede 2016 WIR-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

recht ruhige, entspannte Haushaltsberatungen liegen hinter uns. Im Gegensatz zu früheren Beratungen, die teilweise in frostiger Atmosphäre stattfanden, gab es in diesem Jahr kaum große Streitpunkte unter den Fraktionen. Und dies liegt nicht etwa daran, dass wir einen neuen Bürgermeister haben oder dass das eher milde Klima, welches draußen vorherrscht, Einfluss gehabt hätte – nein, es liegt schlicht und einfach an der enormen einmaligen Gewerbesteuermehreinnahme in diesem Jahr.

Und ehrlicherweise sollte man sagen,

- dass es nicht unser Verdienst ist,
- nur zum Teil der guten Konjunktur zu verdanken ist,
- sondern vorrangig Auswirkung der Steuerpolitik des Bundes und der EU ist.

Unsere Steuergesetze machen es möglich, dass Firmen ihre Gewinne so lange hin- und herschieben, in in- und ausländische Steueroasen transferieren, so dass sie in Deutschland kaum bzw. keine Steuern zahlen. Es kann doch nicht sein, dass Unternehmen wie Starbucks, Apple, Ikea, Amazon usw. keine oder nur geringe Steuern abführen. Laut OECD Berechnungen entgehen Deutschland jährlich ca. 160 Milliarden Euro, weil Firmen Steuern vermeiden.

Was aber, wenn alle Firmen ihre Gewinne da versteuern würden, wo sie auch anfallen? Stellen Sie sich mal vor, wie wir, aber auch alle anderen Kommunen, haushalten könnten! Das ist das, was uns wütend macht.

Wütend sind wir aber nicht auf den, der es macht – also auf die Firmen, denn die machen nur das, was gesetzlich möglich ist – sondern auf die, die es wissentlich zulassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Beteuerungen Ihrer EU- und Bundespolitiker, dies ändern zu wollen, können wir erst glauben, wenn auch gehandelt wird. Gleichwohl fehlt uns der Glaube, dass die Politiker, die das ändern könnten, wirklich bereit sind etwas zu ändern. Manchmal erweckt sich der Eindruck, dass ihre Kollegen sich einen späteren Wechsel aus der Politik in die großen Firmen nicht verscherzen wollen.

Warum sind wir so erzürnt? Lassen Sie uns kurz einige Monate bzw. Jahre zurückdenken. So lange ist es noch nicht her, dass wir aus der Haushaltssicherung heraus sind. Vielleicht können Sie sich noch erinnern, welche Anstrengungen wir unternommen haben, um überhaupt in die Nähe eines ausgeglichenen Haushaltes zu kommen.

Wer kann sich noch an den Sturm der Entrüstung erinnern, als wir die Aufgabe der VHS wieder an den Kreis zurückgegeben haben, um etwa 7000,- Euro einzusparen oder an die Kürzungen der Vereinszuschüsse um 50 %, oder an die Abschaffung des Neujahrsempfangs, um sage und schreibe 350,- Euro einzusparen.

Wir haben die Abgabenlast unserer Bürger erhöht, indem wir kreisweit die höchsten Grundsteuern erhoben. Um auch hier Zahlen zu nennen: das machte bei der Grundsteuer A ca. 70.000 Euro und bei der Grundsteuer B ca. 450.000 Euro an Mehreinnahmen aus.

Und jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen Sie das in Vergleich mit der zusätzlichen Gewerbesteuermehreinnahme von 5.500.000 Euro in diesem Jahr. Unsere Maßnahmen waren doch „peanuts“, würde der ehemalige Deutsche Bank Chef Ackermann zu Recht sagen. Da fühlt man sich doch

ver....äppelt. Man muss sich doch fragen, ob unsere Einsparanstrengungen sinnvoll und gerechtfertigt waren angesichts der Vorstellung, welche Möglichkeit wir hätten, wenn Steuergerechtigkeit herrschen würde. Vielleicht kann der ein oder andere nachvollziehen, wieso wir wütend und enttäuscht sind.

Aber zurück zum Haushalt. Die Gemeinde hat also einmal Glück gehabt und kann eine ordentliche einmalige Zusatzeinnahme im Haushalt verbuchen.

Für uns stellte sich die Frage: Wie geht man damit um?

- Man kann
- 1.) gar nichts tun (also den Überschuss in die Rücklagen stecken)
 - 2.) alles ausgeben (bevor man wieder in die HSK kommt und handlungsunfähiger wird)
- oder
- 3.) dringend notwendige Investitionen tätigen und der Rest wandert in die Rücklage.

Wir haben uns für den dritten Weg entschieden.

Zum einen gibt es dringenden Handlungsbedarf sowohl im Grundstücks- und auch Gebäudemanagements, die Investitionen notwendig machen und nicht verschoben werden können. Zum anderen ist uns bewusst, dass wir im nächsten Jahr mit dem Jo-Jo Effekt rechnen müssen – also eine deutlich höhere Kreisumlage zu zahlen haben bei gleichzeitigem Wegfall der Schlüsselzuweisungen, wir also ein Polster an Rücklagen aufbauen müssen.

Wie schon erwähnt waren die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen weitgehend ruhig und harmonisch. Das lag auch zum größten Teil daran, dass wir in diesem Jahr in der Lage waren Haushaltsansätze aufzunehmen, ohne Gefahr zu laufen, den Haushalt nicht ausgleichen zu können. Es sind also Ausgabenansätze (mit Sperrvermerk) gebildet worden, vor deren Umsetzung erst noch eingehend diskutiert und entschieden werden wird. Lassen Sie mich 2 Ansätze ansprechen.

Da ist zum einen ein Haushaltsansatz in Höhe von 125.000 Euro für die Erweiterung der Mensaküche. Durch die deutlich gestiegene Nachfrage stehen wir vor der Entscheidung, entweder die Küche zu erweitern oder einigen Abnehmern (Kitas oder Grundschulen) zu kündigen. Die stark gestiegene Abnahme spricht aber für die Qualität der angebotenen Speisen.

Bevor man gezwungen wird, einigen Abnehmern die Zusammenarbeit aufzukündigen, tendieren wir eher dazu den Ausbau anzugehen – allerdings darf bei der gemeinsamen Schule Legden-Rosendahl nicht nur ein Partner die Kostenlast tragen.

Des Weiteren haben wir die Anschaffung zweier BHKW's mit einem Sperrvermerk versehen. Diese sollen neben der Stromerzeugung ihre produzierte thermische Energie in den Wärmekreislauf der Holz hackschnitzelheizung einspeisen. Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit fehlt es uns an Angaben über die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Anlage, die laut damaligen Berechnungen optimal ausgelegt wurde.

Wenn eine Wirtschaftlichkeit nur unter Berücksichtigung einer Gegenfinanzierung aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes darstellbar ist, sollte man diese Förderungsmittel lieber für andere Projekte verwenden, z.B. indem man die Mittel in unsere Beleuchtungsinfrastruktur steckt, um dauerhaft Stromkosten zu senken.

Vielleicht sollte man gemeinsam überlegen, in welche Projekte wir die 203.000 Euro aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz stecken.

Apropos Wirtschaftlichkeit, viele Entscheidungen im Gemeinderat basieren auf wirtschaftlichen Berechnungen. Bisher haben wir allerdings die Aufgaben des Controllings – steht übrigens in der Leistungsbeschreibung im Produkt 26 - noch nicht wahrgenommen. Es ist allerdings nach Meinung der Wählerinitiative dringend notwendig, gefällte Entscheidungen im Nachhinein zu kontrollieren, um

gegebenenfalls nachzusteuern, begangene Fehlentscheidungen zu revidieren oder zumindest nicht ein zweites Mal zu treffen.

Einen letzten Punkt aus dem Haushalt möchte ich noch ansprechen. Die Fraktion Bündnis90/ Die Grünen haben einen Antrag zur „Erstellung eines Umweltberichtes, der jährlich fortzuschreiben sei“ gestellt. Darüber wird ja noch beraten, allerdings möchten wir an dieser Stelle den Grünen einen Tipp geben. Überlegen Sie sich genau, was Sie mit dem Gutachten bewirken wollen. Soll es nur eine Sammlung zusammengetragener Daten werden oder sollen auch Handlungsempfehlungen enthalten sein? Und wenn, wie wollen Sie diese umsetzen, sind wir rechtlich dazu überhaupt in der Lage? Machen Sie nicht den gleichen Fehler wie die CDU vor 2 Jahren. Wie Sie sich sicherlich noch erinnern werden, hat die CDU mit Stimmen der SPD und dem Vertreter der FDP ein Organisationsgutachten in Auftrag gegeben, um Handlungsempfehlungen zur Struktur der Gemeindeverwaltung zu erhalten. Was hat die CDU daraus gemacht?

Eine der Kernaussagen des Gutachtens lautete, die Anzahl der Fachbereiche zukünftig auf 2 zu reduzieren. Das Konzept unseres neuen Bürgermeisters, mit 3 Fachbereichen zu arbeiten, kommentierte die CDU schlicht mit einem „Na gut“. Eine weitere gewichtige Aussage war: Die Stellenbesetzung ist auskömmlich. Was macht die CDU aus dieser Aussage? Der neue Bürgermeister hat den Stellenansatz deutlich erhöht, Reaktion der CDU: Sie legt noch einen drauf!

Wenn man so mit den Handlungsempfehlungen umgeht, muss man sich fragen lassen, was man überhaupt mit dem Gutachten bezwecken wollte. Das einzige, was vom Gutachten in Erinnerung bleiben wird, sind die gekürzten Öffnungszeiten und die bessere Beschilderung im Rathaus. Dafür 20.000 Euro auszugeben ist schlichtweg gesagt verschwendetes Geld. Also liebe Kollegen der Grünen, handeln Sie nicht so wie die Kollegen der CDU, überdenken Sie Ihren Antrag noch einmal.

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2016 hat unsere Zustimmung. Es ist der erste Rosendahler Haushalt unter Federführung des neuen Bürgermeisters Herrn Gottheil und gleichzeitig der letzte Haushalt mit unserer Kämmerin Frau Fuchs. WIR wünschen ihr an ihrem neuen Arbeitsplatz in ihrer Heimatstadt Schöppingen alles Gute und hoffen, dass Sie uns in guter Erinnerung halten.

Frau Fuchs, als ihr Vorgänger in den Vorruhestand ging, hat er sich nach langen Jahren der Haushaltssicherung mit einem ausgeglichenem Haushalt verabschiedet und uns aus der Haushaltssicherung geführt, ihr letzter Haushalt ist nicht nur ausgeglichen, sondern weist einen überaus deutlicheren Überschuss aus. Die Messlatte, an der sich ihre Nachfolgerin messen lassen muss, ist also noch einmal deutlich höher gelegt worden. Aber Scherz beiseite.

Natürlich freuen wir uns (neben der Wut im Bauch) über das sagenhafte Ergebnis. Dieses Ergebnis

- ist eine Herausforderung an die Verwaltung, trotzdem einen kühlen Kopf zu bewahren,
- ist eine Mahnung an uns Kommunalpolitiker, keine Begehrlichkeiten aufkommen zu lassen,
- ist ein Beweis für die Rosendahler Bürger, dass wir keinen wirklichen Einfluss auf unsere finanzielle Selbstbestimmung haben

und – ganz wichtig

- ist eine Ohnmachtserklärung für die gesetzgebenden Politiker in Düsseldorf, Berlin und Brüssel wegen der Unplanbarkeit derart perverser Ereignisse.

Ausreichende Finanzmittel sind das eine, wir müssen uns aber immer vor Augen halten, dass die Arbeit nicht vom Geld getan wird. Dafür brauchen wir immer noch Menschen, die sich für ihre Sache – für ihre Ziele – für ihr Weltbild – für ihre Mitmenschen einsetzen. Sei es beruflich, wie hier in der Gemeindeverwaltung oder ehrenamtlich in den zahlreichen Vereinen und Verbänden und nicht zu vergessen, in der aktuell sehr akuten Situation der Flüchtlingsbetreuung. WIR sind froh, dass es so viele Ehrenamtliche in Rosendahl gibt und WIR können gleichzeitig stolz darauf sein, was sie alle in und für unsere Gemeinde tun!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit